

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



SV

Anderson, Perry
Das italienische Desaster

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-07440-4

SV

edition suhrkamp digital

Die edition suhrkamp digital präsentiert kurze, aktualitätsbezogene, thesenstarke Bände, Manifeste, Langreportagen, Dossiers und Features. Alle Titel sind auch als eBook erhältlich. Mehr zur Reihe und den einzelnen Bänden unter: www.editionsuhrkampdigital.de

Auch im sechsten Jahr der großen Krise ist Italien noch nicht wieder auf die Beine gekommen. Die Kennzahlen sind alarmierend: 44 Prozent der Italiener unter 25 Jahren haben keine Arbeit; nach 2012 und 2013 schrumpfte die italienische Wirtschaft 2014 erneut. Die ökonomische fällt mit einer fundamentalen Krise der staatlichen Institutionen zusammen. Das Vertrauen in Politik und Parteien ist auf einem historischen Tiefstand, die Protestbewegung des Kabarettisten Beppe Grillo wurde bei den Parlamentswahlen zur zweitstärksten Partei; Matteo Renzi, von den Medien als Hoffnungsträger gefeiert, kungelt mit seinem skandalumwitterten Vorgänger Berlusconi und feiert den ehemaligen englischen Premierminister Tony Blair als Vorbild, obwohl dieser in seiner Heimat längst zur *persona non grata* geworden ist.

In seinem vielbeachteten Essay präsentiert der Historiker Perry Anderson eine Chronologie des italienischen Desasters. Italien betrachtet er dabei nicht als »Anomalie innerhalb Europas, sondern als eine Art Konzentrat« der Probleme eines Kontinents, der zunehmend von Entdemokratisierung, Korruption und Wachstumsschwäche gekennzeichnet ist. Perry Anderson, geboren 1938 in London, lehrt Soziologie und Geschichte an der University of California in Los Angeles.

Perry Anderson
Das italienische
Desaster

Aus dem Englischen
von Joachim Kalka

Suhrkamp

Die Originalfassung von Perry Andersons Essay über
die Situation in Italien erschien unter dem Titel »The Italian
desaster« in der *London Review of Books* (22. Mai 2014).

Das Postskriptum zu diesem Text wurde für
die deutsche Ausgabe verfasst.

Erste Auflage 2015
edition suhrkamp digital

Deutsche Erstausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2015

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des
öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Photographie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Coverfoto: © picture alliance/ANSA

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept von
Willy Fleckhaus: Bureau Johannes Erler

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-07440-4

Inhalt

Das italienische Desaster 7

Postskriptum 65

Anmerkungen 89

Europa ist krank. Wie schwerwiegend die Krankheit ist und welche Ursachen sie hat, ist nicht so einfach zu sagen. Doch unter den Krankheitssymptomen sind drei besonders auffällig, und sie hängen alle zusammen. Zunächst – das ist das bekannteste Symptom – können wir überall auf dem Kontinent einen Niedergang der Demokratie beobachten. Die Struktur der EU ist dabei sowohl Ursache als auch Auswirkung dieser Entdemokratisierung. Der oligarchische Zug ihrer Verfassungsinstitutionen, die einst nur als provisorisches Gerüst einer supranationalen Volkssouveränität gedacht waren, hat sich im Lauf der Zeit verfestigt. Die Ergebnisse von Volksabstimmungen werden regelmäßig ignoriert, wenn sie dem Willen der Herrschenden zuwiderlaufen. Die Wähler, deren Ansichten von den Eliten voller Verachtung übergangen werden, lehnen zunehmend die Versammlung ab, die sie nominell vertritt; und mit jeder weiteren Wahl sinkt die Beteiligung. Bürokraten, die nie gewählt wurden, überwachen die Haushalte nationaler Parlamente, denen sogar das Budgetrecht aberkannt wurde. Aber die Union ist keine monströse Wucherung am ansonsten gesunden Körper ihrer Mitgliedsstaaten. Sie reflektiert einerseits langfristige Tendenzen innerhalb dieser Staaten, andererseits verstärkt sie diese. Auf nationaler Ebene können die Vertreter der Exekutive ihre jeweiligen Parlamente mit immer größerer Leichtigkeit domestizieren oder manipulieren, die Parteien verlieren Mitglieder, die Wähler verlieren den Glauben in ihre Stimme, denn die politischen Möglichkeiten werden immer begrenzter, und alle Wahlkampfversprechen, die einen Wandel in Aussicht stellen, schrumpfen oder verschwinden nach dem Urnengang.

Mit diesem Abbau des demokratischen Spielraums geht eine alles durchdringende Korruption der politischen Klasse einher, ein Thema, bei dem die Politologen, die sonst so gesprächig sind, wenn es um das – wie sie es in ihrer Buchhaltersprache nennen – »Demokratiedefizit« der Union geht, bezeichnenderweise verstummen. Für die Formen dieser Korruption müsste man eine systematische Typologie erst noch entwickeln. Zum einen gibt es die Korruption vor den Wahlen: Politiker oder Parteien erhalten für die – oft

unausgesprochene – Zusage künftiger Gefälligkeiten Geld aus illegalen – oder auch legalen – Quellen. Es gibt die Korruption nach den Wahlen: Der Amtsinhaber profitiert von der Veruntreuung von Steuereinnahmen oder erhält Bestechungsgeld bei Vertragsabschlüssen. Es gibt den Kauf von Einfluss oder Stimmen in den Parlamenten. Es gibt den schlichten Diebstahl von öffentlichen Geldern. Und man schönert Lebensläufe und schummelt bei Qualifikationsschriften, wenn dies einen politischen Vorteil verspricht. Die Bereicherung durch ein öffentliches Amt findet nach der Amtszeit ebenso wie währenddessen oder davor statt. Das Panorama dieser *malavita* ist eindrucksvoll. Ein Fresko ihrer Varianten könnte mit Helmut Kohl beginnen, der sechzehn Jahre lang Deutschland regierte und einen geheimen Parteifonds von etwa zwei Millionen Mark aus illegalen Spenden anhäufte. Als die Sache aufflog, weigerte er sich, die Namen der Spender preiszugeben – wohl aus Angst, die Gefälligkeiten, die man diesen im Gegenzug erwiesen hatte, könnten ans Licht kommen. Auf der anderen Seite des Rheins wurde Jacques Chirac, zwölf Jahre lang Präsident der Französischen Republik, wegen Unterschlagung öffentlicher Mittel, Amtsmissbrauch und Verschweigen von Interessenkonflikten verurteilt, nachdem seine Immunität an ihr Ende gekommen war. Keiner von beiden musste ins Gefängnis. Sie waren zu ihrer Zeit die zwei mächtigsten Politiker Europas. Ein kurzer Blick auf das, was sich seither ereignet hat, genügt, um die Illusion zu zerstreuen, es handele sich hier um Ausnahmefälle.

In Deutschland hat Gerhard Schröder kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft dem russischen Staatskonzern Gazprom eine Kreditbürgschaft in Höhe von einer Milliarde Euro für den Bau einer Ostseepipeline gewährt, um ein paar Wochen später als Exkanzler auf der Gehaltsliste dieses Unternehmens aufzutauchen – mit einer höheren Vergütung, als er sie als Regierungsoberhaupt erhalten hatte. Seit Schröders Abgang hat Angela Merkel zusehen müssen, wie zwei Bundespräsidenten nacheinander unter merkwürdigen Umständen zum Rücktritt gezwungen wurden: Horst Köhler, der ehemalige Direktor des Internationalen Währungsfonds, der erklärt hatte, die Bundeswehr verteidige in Afghanistan deutsche

Wirtschaftsinteressen, und Christian Wulff, der im Jahr 2008 als CDU-Ministerpräsident Niedersachsens von einem befreundeten Geschäftsmann einen dubiosen Kredit für den Kauf seines Wohnhauses angenommen hatte. Auch der Verteidigungsminister und die Bildungsministerin mussten zurücktreten, nachdem ihnen beiden wegen plagierter Passagen in ihren Dissertationen der Dokortitel aberkannt worden war. Während sich Annette Schavan (eine Wegbegleiterin Angela Merkels, welche ihr das volle Vertrauen aussprach) noch an ihr Amt klammerte, bemerkte die *Bild*-Zeitung, wenn »ausgerechnet die Bildungsministerin bei ihrer Doktorarbeit geschummelt hat«, dann sei das in etwa so, »als würde der Finanzminister sein Geld heimlich in der Schweiz verstecken«.

Auch das ließ nicht lange auf sich warten. In Frankreich entdeckte man, dass der sozialistische Haushaltsminister, der Schönheitschirurg Jérôme Cahuzac, zu dessen Aufgaben die Überwachung der Steuerehrlichkeit gehörte, zwischen 600 000 und 15 000 000 Euro auf Geheimkonten in der Schweiz und in Singapur deponiert hatte. Inzwischen wird Nicolas Sarkozy von verschiedenen Zeugen übereinstimmend bezichtigt, er habe von Muammar al-Gaddafi etwa 50 Millionen für die Wahlkampagne erhalten, die ihn zur Präsidentschaft führte. Christine Lagarde, seine Finanzministerin, die mittlerweile dem IWF vorsteht, wird wegen ihrer Rolle bei der Gewährung einer »Kompensation« von 420 Millionen Euro an Bernard Tapie verhört, einen bekannten vorbestraften Betrüger und neuerdings guten Freund von Sarkozy. Die nonchalante Nähe zur Kriminalität ist parteiübergreifend: François Hollande, der jetzige Präsident der Republik, ließ sich auf dem Sozius eines Motorrollers zu den Rendezvous mit seiner Geliebten in die Wohnung der Freundin eines korsischen Mafioso fahren. Kurz bevor die Affäre im Januar 2014 öffentlich wurde, war dieser bei einer Schießerei ums Leben gekommen.

In Großbritannien gelangten rund einen Monat später SMS des einstigen Premierministers Tony Blair an die Öffentlichkeit, in denen er der Journalistin Rebekah Brooks gute Ratschläge erteilt hatte, als diese sich im Juli 2011 im *News of the World*-Skandal wegen illegaler Abhöraktionen und Behinderung der Justiz von einer

Gefängnisstrafe bedroht sah: »Bleib stark, und auf jeden Fall Schlaf-tabletten. Es geht vorbei. Werde hart.« Außerdem solle sie einen »Bericht wie den Hutton Report« veröffentlichen, mit dessen Hilfe es Blair selbst gelungen war, sich von Vorwürfen im Zusammenhang mit dem Tod eines Whistleblowers reinzuwaschen. Dieser hatte Details zur britischen Beteiligung im Irakkrieg durchgestochen – einer Invasion, infolge deren Blair für seine Tony Blair Faith Foundation bis heute weltweit lukrative Honorare und Verträge an Land zieht. Prominente Beispiele unter den Geldgebern sind eine südkoreanische Ölfirma, die von einem vorbestraften Kriminellen mit einschlägigen Interessen im Irak geleitet wurde, und die königliche Herrscherfamilie Kuwaits. Die Belohnung, die Blair weiter östlich für seine Dienste als eifriger Berater der Nasarbajew-Diktatur erhielt, soll sich auf mehrere Millionen Euro belaufen haben. (Blair wörtlich: »Was Kasachstan schon erreicht hat, ist wundervoll. Sie aber, Herr Präsident, haben in Ihrer Botschaft an die Nation neue Höhen umrissen.«) In der Heimat erhielt er im Gegenzug für Gefälligkeiten, über die er im Parlament log, ohne rot zu werden, Spenden in Höhe von einer Million Pfund von dem Formel-1-Magnaten Bernie Ecclestone, der sich seinerseits später in Bayern wegen Bestechungssummen in Höhe von 33 Millionen vor Gericht verantworten musste. Es gehörte zur Kultur von New Labour, dass führende Politiker aus dem Zirkel um Blair – so wie Stephen Byers, ehemaliger Handels- und Industrie- und späterer Verkehrsminister, Geoff Hoon, ehemaliger Verteidigungsminister, und Patricia Hewitt, ebenfalls ehemals Industrie- und Verkehrsministerin sowie später Gesundheitsministerin – an einem Tag ein Ministerium leiten konnten, um sich schon am nächsten zum Kauf anzubieten. In diesen Jahren entpuppte sich das britische Unterhaus als ein einziger Sumpf kleinerer Unterschlagungen von Steuergeldern – und zwar quer durch alle Parteien. Einige Jahre zuvor, im Oktober 2007, hatte sich in Irland der Chef der Partei Fianna Fail, Bertie Ahern, selbst zum bestbezahlten Premier Europas gemacht – mit einem Jahresgehalt von 310 000 Euro, das ist in etwa so viel, wie der Präsident der Vereinigten Staaten verdient. Zuvor hatte er während seiner Zeit als Finanzminister Anfang der neunziger Jahre 400 000 Euro an nicht

näher begründeten Zahlungen eingesteckt. Der über Jahre schwebende Bestechungsskandal führte neben weiteren Korruptionsvorwürfen am 6. Mai 2008 schließlich zu Aherns unrühmlichem Abgang. In Spanien wurde der gegenwärtige Ministerpräsident und Vorsitzende des bürgerlich konservativen Partido Popular, Mariano Rajoy, unter anderem im Zusammenhang mit der Vergabe von Bauaufträgen der Annahme von Bestechungsgeldern überführt. Die Zahlungen beliefen sich über ein Jahrzehnt hinweg auf insgesamt eine Viertelmillion Euro. Empfangen hatte Rajoy sie von Luis Bárcenas, mehr als zwanzig Jahre lang Schatzmeister von Rajoys Partei, der mittlerweile verhaftet wurde, weil er auf nicht deklarierten Schweizer Konten 48 Millionen Euro gehortet hatte. Die handgeschriebenen Originalunterlagen der Kontoführung, die Bárcenas' Überweisungen an Rajoy und andere Notabeln des Partido Popular auflisten (darunter Rodrigo Rato, ein weiterer einstiger Chef des IWF), wurden in der spanischen Presse in aller Ausführlichkeit abgedruckt. Als es zum Skandal gekommen war, schrieb Rajoy eine SMS an Bárcenas, deren Wortlaut nahezu identisch ist mit Blairs Rat an Rebekah Brooks: »Luis, ich verstehe alles. Bleib stark, ich rufe dich morgen an. Umarme dich.« Rajoy sitzt den Skandal einstweilen ungerührt im Moncloa-Palast aus, auch wenn ihn 85 Prozent der Spanier für einen Lügner halten.

In Griechenland hatte Akis Tsochatzopoulos, nacheinander Innen-, Verteidigungs- und Entwicklungsminister in PASOK-Regierungen und ein Mann, der einmal ganz nahe daran war, zum Führer der griechischen Sozialdemokratie aufzusteigen, weniger Glück. Er wurde im Oktober 2013 für seine eindrucksvolle Karriere der Geldwäsche und Bestechlichkeit zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. Im Nachbarstaat hat Recep Tayyip Erdogan (lange Zeit von den Medien und vom intellektuellen Establishment Europas als der größte demokratische Staatsmann der Türkei gefeiert, dessen Politik dem Land eine Art EU-Ehrenmitgliedschaft vor der Zeit einbrachte) gezeigt, dass er vielleicht auch in anderer Hinsicht würdig wäre, in die Phalanx der EU-Führung aufgenommen zu werden: In mitgeschnittenen Telefongesprächen, die im Februar 2014 auf Youtube veröffentlicht wurden und deren Echtheit Erdogan bis

heute nicht offiziell bestätigt hat, soll er seinem Sohn die Anweisungen gegeben haben, mehrere Millionen in bar vor Korruptionsermittlern in Sicherheit zu bringen und eine Bestechungssumme von zehn Millionen Dollar für die Auftragsvergabe zum Bau einer Pipeline noch weiter in die Höhe zu treiben. Drei Minister stürzten über ähnliche Enthüllungen, bis Erdogan die gesamte Polizei und Justiz umfassend säuberte, um sicherzugehen, dass die Sache keine weiteren Wellen schlug. Zur selben Zeit veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten offiziellen Bericht über die Korruption in den Mitgliedsstaaten der Union, deren Ausmaß die ihn vorlegende Kommissarin »atemberaubend« nannte: Die wirtschaftlichen Kosten, die durch Korruption in den Mitgliedsstaaten der EU verursacht werden, schätzt die Kommission auf jährlich bis zu 120 Milliarden Euro. Das ist ein Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU – wobei die tatsächliche Zahl »wahrscheinlich viel höher« anzusetzen sei. Klugerweise befasste sich der Bericht lediglich mit den Mitgliedsländern. Die EU selbst – die Leserinnen und Leser werden sich vielleicht noch erinnern, dass vor einigen Jahren eine Kommission wegen Korruptionsvorwürfen zurücktrat – war nicht Gegenstand des Berichts.

Dass in einer Union, die sich der Welt gerne als moralische Instanz präsentiert, die Entscheidungszentren derart durch Geld und Betrug verunreinigt sind, ist eine Folge des Umstands, dass die Demokratie nach und nach ihre Substanz verliert und dass sich die Bürger immer weniger engagieren.

Eliten, die weder reale politische Kämpfe an der Führungsspitze noch wirkliche Kontrolle von unten fürchten müssen, können es sich leisten, sich in aller Ruhe und ohne Angst vor Strafverfolgung zu bereichern. Enthüllungen verschiedenster Art wiegen nicht mehr schwer, wenn Straflosigkeit zur Regel wird. Ähnlich wie Bankiers gehen führende Politiker in den seltensten Fällen ins Gefängnis. Aus dem oben geschilderten Panorama musste nur ein älterer Grieche je dieses Schicksal erleiden. Aber Korruption ist nicht lediglich eine Folge des Verfalls der politischen Ordnung. Sie ist natürlich auch ein Symptom des ökonomischen Regimes, das Europa seit den achtziger Jahren gefesselt hält. In einem neoliberalen

Universum, in dem die Märkte der Maßstab aller Werte sind, wird Geld noch offensichtlicher als je zuvor zum Maß aller Dinge. Wenn sich Krankenhäuser, Schulen und Gefängnisse privatisieren und in profitorientierte Unternehmen verwandeln lassen, warum nicht auch politische Ämter?

Über den kulturellen Fallout des Neoliberalismus hinaus muss man jedoch seine Wirkung als sozioökonomisches System berücksichtigen – das dritte und in der Wahrnehmung der Bevölkerung gewiss alarmierendste Symptom des erkrankten Europa. Dass die Wirtschaftskrise, die ab 2008 die ganze westliche Welt erfasste, eine Folge der über Jahrzehnte vorangetriebenen Deregulierung und des Anstiegs der privaten und öffentlichen Verschuldung war, geben selbst ihre Architekten mittlerweile mehr oder weniger offen zu – siehe Alan Greenspan. Angesichts der engen transatlantischen Verbindungen waren die europäischen Banken und Immobilienunternehmen ebenso tief in das Debakel verstrickt wie die US-amerikanischen. In der EU wurde diese allgemeine Krise durch eine Besonderheit verkompliziert – nämlich die Verzerrungen, die dadurch entstanden sind, dass höchst unterschiedlichen nationalen Ökonomien eine einzige Währung auferlegt worden ist. Dies trieb die besonders verletzbaren Nationen an den Rand des Bankrotts, als die umfassende Krise ausbrach. Wie sah das Heilmittel aus? Auf Druck von Berlin und Brüssel beließ man es nicht bei einem klassischen Sparprogramm wie in der Zwischenkriegszeit, als Churchill und Brüning die Staatsausgaben drastisch kürzten, sondern ergänzte es um einen Fiskalpakt: Alle unterzeichnenden Staaten mussten in ihre nationale Verfassung eine Budget-Defizit-Obergrenze von drei Prozent aufnehmen, wodurch ein extrem einseitiges ökonomisches Dogma auf eine Stufe mit rechtsstaatlichen Prinzipien wie der Meinungsfreiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz, dem Schutz vor willkürlicher Verhaftung oder der Gewaltenteilung gestellt wurde. Spontan würde man denken, ein krasseres Indiz dafür, was die EU-Oligarchie von diesen Prinzipien hält, sei kaum vorstellbar – wären da nicht jene Fälle aus der jüngsten Vergangenheit, als man sich an der Auslieferung verdächtiger Personen beteiligte, die schließlich in Foltergefängnissen landeten.

Ökonomisch gesehen, sind die Vorteile der europäischen Integration von Anfang an übertrieben positiv dargestellt worden. Im Frühjahr 2008 kamen Andrea Boltho und Barry Eichengreen, zwei hoch angesehene Wirtschaftswissenschaftler mit unzweifelhaft pro-europäischen Ansichten, in einer sehr sorgfältigen Analyse zu dem Schluss, dass die positiven Auswirkungen der Maßnahmen zur Stabilisierung der Wechselkurse und dann später der Währungsunion wahrscheinlich eher gering waren. Der gemeinsame Markt und die Einheitliche Europäische Akte hätten indes einen etwas größeren Effekt auf die Wirtschaftsleistung in der EU gehabt. Unterm Strich könne man aber davon ausgehen, dass das BIP der EU zum Zeitpunkt der Studie im Jahre 2008 um lediglich fünf Prozent höher war, als es in einer hypothetischen Welt ohne all diese Maßnahmen gewesen wäre.¹ Das war vor der großen Krise 2008. Wie sieht es seither aus? Fünf Jahre später, gegen Ende des Jahres 2013, hatte das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone das Niveau von 2007 noch nicht wieder erreicht. Fast ein Viertel der Jugendlichen in Europa ist arbeitslos. In Spanien und Griechenland beträgt die Jugendarbeitslosigkeit katastrophale 53 bzw. 49 Prozent. Selbst Deutschland, das Jahr um Jahr Außenhandelsüberschüsse anhäuft und weit und breit als die große Erfolgsgeschichte dieser Phase angepriesen wird, belegte mit seinem Investitionsniveau einen der hinteren Plätze in der Rangliste der G7-Staaten. Außerdem hatte es von allen westeuropäischen Staaten den höchsten Anteil an Niedriglöhnern, also Menschen, die weniger als zwei Drittel des Mittleren Einkommens verdienen. Das sind die jüngsten Messwerte der Währungsunion. Die Quacksalber der Austeritätspolitik haben den Patienten gründlich zur Ader gelassen, anstatt ihn zu heilen.

Im Panorama der europäischen Dysfunktionalität gilt ein Staat als der schlimmste von allen. Seit Einführung der gemeinsamen Währung hat Italien die schlechtesten wirtschaftlichen Ergebnisse in der Union erzielt: zwanzig Jahre buchstäblich ununterbrochener Stagnation und eine Wachstumsrate, die ein gutes Stück unterhalb derjenigen von Griechenland oder Spanien liegt. Die Staatsschulden betragen über 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dabei ist dies keines der in jüngerer Vergangenheit beigetretenen

kleineren Länder an der Peripherie der Union. Es ist eines der sechs Gründungsmitglieder der EWG, mit einer Bevölkerungszahl vergleichbar der Großbritanniens und einer Wirtschaft, die andert-halbmal so groß ist wie die spanische. Italien ist nach Deutschland noch immer der zweitgrößte Produktionsstandort in Europa und steht auch beim Export von Investitionsgütern an zweiter Stelle. Die Staatsanleihen bilden den weltweit drittgrößten Markt für öffentliche Schuldverschreibungen. Fast die Hälfte der Staatsschuld liegt bei Gläubigern im Ausland (für Japan liegt die Vergleichsziffer unter zehn Prozent). Mit dieser Kombination aus großer wirtschaftlicher Bedeutung und hoher Fragilität ist Italien das wahre schwache Glied der EU, der Punkt, an dem sie theoretisch zerbrechen könnte.

Bis jetzt ist Italien auch – und das nicht etwa zufällig – das einzige Land, wo die Enttäuschung über die Sinnentleerung demokratischer Formen nicht lediglich stumpfe Gleichgültigkeit hervorgebracht hat, sondern eine aktive Revolte, die das Establishment bis ins Innerste erschüttert und die politische Landschaft verändert hat. Protestbewegungen der einen oder anderen Art regten sich auch in anderen Staaten der Union, doch bis jetzt hatte keine einen so ungewöhnlichen Charakter oder einen solchen Erfolg bei Wahlen wie die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien – das Land erlebte einen wahren Aufstand an den Wahlurnen. Natürlich bietet auch Italien das auf allen europäischen Bühnen vertraute Schauspiel der Korruption, deren berühmteste Verkörperung jener Milliardär ist, der das Land fast die Hälfte der Lebensdauer der Zweiten Republik hindurch regierte und über den mehr geschrieben worden ist als über all seine Konkurrenten zusammen. Überlegungen zu der desolaten Lage Italiens beginnen unvermeidlicherweise bei Silvio Berlusconi. Dass es ihm in ganz ungewöhnlichem Maße gelungen ist, Macht und Geld zu verklammern, ist keine Frage. Wie er das angestellt hat, wird vom Poltern der internationalen Presse – am lautesten von den donnernden Anklagen des *Economist* und der *Financial Times* – allerdings eher übertönt.

Zwei Umstände machen Berlusconi zu einer besonderen Erscheinung unter seinen europäischen Kollegen. Zunächst einmal

verlief seine politische Karriere in umgekehrter Richtung: Die anderen mussten erst ein politisches Amt erlangen, um dann finanziellen Nutzen daraus zu ziehen. Als Berlusconi Politiker wurde, hatte er bereits ein beträchtliches Vermögen angehäuft. Sein Amt benutzte er nicht in erster Linie dazu, dieses zu vermehren, sondern um es vor den zahlreichen Strafanzeigen zu schützen, die ihm wegen der Art und Weise drohten, wie er überhaupt erst zu seinem Geld gekommen war. Zweitens stammt sein Reichtum vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, aus seinem Fernseh- und Publicity-Imperium – einem Machtapparat, der von öffentlichen Ämtern unabhängig war und Berlusconi nach seinem Eintritt in die Politik als Propagandamaschine diente. Politische Verbindungen zur Sozialistischen Partei in Mailand und zu deren Stammesfürsten Bettino Craxi waren entscheidend für Berlusconis wirtschaftlichen Aufstieg, insbesondere für die Konstruktion eines nationalen Netzes von Fernsehsendern. Aber während er als Politiker beträchtliche Fähigkeiten entwickelte (im Wesentlichen solche der Kommunikation und des geschickten Manövrierens), blieb sein Selbstverständnis das eines Geschäftsmannes, für den Macht vor allem Sicherheit und Glamour bedeutete und nicht so sehr politisches Handeln oder die Gestaltung der Zukunft des Landes. Obwohl er wiederholt seine Bewunderung für Margaret Thatcher zum Ausdruck brachte und sich als Vorkämpfer des Marktes und der freien Wirtschaft gab, unterschied sich die Unbeweglichkeit seiner Mitte-rechts-Regierungen eigentlich nie besonders von jener der Mitte-links-Regierungen dieser Jahrzehnte.

Das Desinteresse an radikalen marktwirtschaftlichen Reformen war der eigentliche Grund für die Kritik an Berlusconi durch die neoliberale angelsächsische Öffentlichkeit. Das sieht man daran, wie sie mit zwei anderen Verkörperungen korrupter Staatsführung westlich und östlich von Italien umgegangen ist. Jahrelang war Recep Tayyip Erdogan – ein enger Freund Berlusconis – Gegenstand von hymnischen Interviews, Kommentaren und Reportagen unter anderem in der *Financial Times*: Dort zeichnete man von ihm das Bild des aufgeklärten Baumeisters einer neuen türkischen Demokratie und als Vermittler zwischen Europa und Asien, den man

möglichst rasch in der Union willkommen heißen sollte. Im Gegensatz zu Berlusconi aber, dessen Herrschaft die bürgerlichen Freiheiten kaum bedrohte, attackierte Erdogan diese massiv und tut es nach wie vor. Doch als die türkische Wirtschaft zu boomen begann, begleitet von attraktiven Privatisierungen, kümmerte sich kaum jemand um die Verhaftungen von Journalisten, die tödlichen Schüsse auf Demonstranten, die krasse Manipulation von Gerichtsverfahren und die brutale Einschüchterung der Opposition durch das Regime – von dessen umfassender Korruption einmal ganz abgesehen. Selbst als sich das Ausmaß der staatlichen Brutalität und Korruption nicht länger ignorieren ließ, wurde nur über wenige Einzelheiten der diversen Affären berichtet, und man gab rasch der EU die Schuld an allem, da sie es versäumt hatte, die Türkei schnell genug in ihre Arme zu schließen. Nachdem die Telefonmitschnitte mit Erdogans angeblichen Anweisungen publik wurden, schrieb die FAZ, in jeder normal funktionierenden Demokratie hätten diese Beweise zehnmal ausgereicht, um den Rücktritt des gesamten Kabinetts zu erzwingen. Von der *Financial Times* hörte man nichts dergleichen, nicht einmal im Flüsterton. Die gleiche Aussage hätte man auch über Rajoy und seine Komplizen in Spanien treffen können, wo der eindeutige Beweis für die Korruption einfacher zu finden ist als in Berlusconis kunstvollem Labyrinth der Unrechtmäßigkeit. Doch Rajoy ist im Gegensatz zu Berlusconi ein verlässlicher Verwalter des neoliberalen Regimes – da bestand kein Anlass für eine Sonderbeilage des *Economist*, um seine Untaten zu schildern, von denen man dort so wenig spricht wie in Brüssel oder Berlin. »Die Politiker und Beamten der EU haben diesen Skandal mit ungewöhnlicher Schweigsamkeit behandelt, wegen der Bedeutung Spaniens für die Eurozone«, bemerkte Gavin Hewitt, der Europaredakteur der BBC. »Die Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere haben Rajoy einen großen Vertrauensvorschuss gegeben; man sieht in ihm den Mann, auf den man bei den schmerzhaften Reformen zählen kann, die Spaniens Wirtschaft beleben sollen.« Berlusconi musste schließlich dafür bezahlen, dass man ihm ein derartiges Vertrauen nicht schenken konnte.

In der Stunde seines Triumphs im Frühjahr 2008, als er seinen

dritten und deutlichsten Wahlsieg errungen hatte, scherte es ihn wenig, dass man im Ausland eine schlechte Meinung von ihm hatte; daran war er mittlerweile gewöhnt. Die Mitte-rechts-Front, die er 1994 organisiert und seither wieder umorganisiert hatte – nun bestand sie aus dem Popolo della Libertà (einer Partei, die aus einer Fusion von Forza Italia mit der Organisation seines alten Verbündeten, des einstigen Faschisten Gianfranco Fini, hervorgegangen war) und der Lega Nord von Umberto Bossi, die eine eigene Parteibasis und Identität beibehielt –, verfügte über eine dominante Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments. In den ersten Monaten seiner Regierungszeit machte das Kabinett Berlusconi zunächst tatsächlich einen Schritt in Richtung Blair oder Thatcher und setzte den ersten Teil eines Reformpakets um, dessen Ziel es war – angefangen bei den Grundschulen bis hin zu den Universitäten –, die Kosten für das Bildungssystem um etwa acht Milliarden Euro zu senken: Die Anzahl der Lehrer wurde verringert, man führte befristete Arbeitsverträge ein, holte Vertreter der Wirtschaft in die Gremien und führte verstärkt Forschungsratings durch. Das war es aber auch schon mit dem aufrichtigen Reformeifer der Regierung. Denn ganz oben auf ihrer politischen Agenda stand die Verabschiedung von eigens auf Berlusconi zugeschnittenen Gesetzen. Sie sollten ihn vor jenen Strafanzeigen schützen, die noch nicht durch Verjährung oder Entkriminalisierung der Delikte gestoppt werden konnten. 2003 erließ seine Regierung ein Gesetz, das die fünf höchsten Staatsämter Italiens jeglicher Strafverfolgung entzog. Aber schon ein halbes Jahr später wurde es vom Verfassungsgericht wieder gekippt. Im Sommer 2008 ging Berlusconi erneut zum Angriff über. Diesmal gelang es ihm, mit Hilfe von Angelino Alfano, seiner rechten Hand im Justizministerium, ein Gesetz verabschieden zu lassen, das immerhin noch den vier höchsten Staatsämtern in Italien juristische Unantastbarkeit garantierte.

Ein paar Monate später fegte der Finanzwirbelsturm über den Atlantik und begann, Europa zu verwüsten, zuerst in Irland, dann in Griechenland. In Italien war die Zweite Republik von Anfang an ein ökonomischer Versager gewesen, trotz aller Anstrengungen der Mitte-links-Ministerpräsidenten, die Wirtschaft anzukurbeln

(Giuliano Amato hatte Sozialleistungen gestrichen und Unternehmen privatisiert, Romano Prodi hatte dem Land in die Zwangsjacke des Stabilitätspaktes hineingeholfen). Die ganzen neunziger Jahre hindurch sanken die italienischen Wachstumsraten. Nach 2000 stagnierten sie bei einem durchschnittlichen jährlichen Viertelprozent des Bruttoinlandsprodukts. Kaum ein Jahr nach Berlusconi's Wiederwahl klaffte schon ein Abstand zwischen den Erträgen deutscher und italienischer Staatsverschreibungen – Italien musste immer höhere Zinsen auf seine Anleihen zahlen. 2009 war die Rezession steiler als in irgendeinem anderen Land der Eurozone; das Bruttoinlandsprodukt fiel um über fünf Prozent. Damit die Finanzmärkte stillhielten, wurde Italiens Haushaltsdefizit durch immer neue Sofortmaßnahmen verringert, doch die Zinsen für die dritthöchste Staatsverschuldung der Welt stiegen, und Ende des Jahres 2010 war die Regierung mit ihrer ökonomischen Weisheit am Ende.

Politisch war es ihr kaum besser ergangen. Vom März bis Oktober 2009 beherrschten die Meldungen der Sensationspresse über Berlusconi's sexuelle Eskapaden die Schlagzeilen; Giovanni Sartoris prophetische Beschreibung seiner Herrschaft – mit einem von Max Weber geborgten Begriff – als Sultanat wurde nun in satten Farben ausgemalt.² Stets geneigt, mit seinen Leistungen im Bett zu prahlen, nunmehr auch von der Hybris getrieben, sein Lebensalter zu verleugnen, ließ er jegliche Rücksicht fahren, setzte irgendwelche Schlagersängerinnen auf die Wahllisten seiner Partei und umgab sich mit minderjährigen Mädchen – eine so dreiste Selbstinszenierung, dass seine Frau, Veronica Lario, ihn verließ. Bald empfing er Prostituierte in seinem Amtssitz in Rom. Eine davon – enttäuscht, weil sie die ihr zugesagte Baugenehmigung für ein Haus in Bari nicht bekam – machte ihren Besuch öffentlich. In seiner palastartigen Villa in Arcore bei Mailand wurden Orgien im Stil angestaubter Phantasien aus dem achtzehnten Jahrhundert gefeiert, bei denen Frauen als Nonnen (oder dann auch als Krankenschwestern und Polizistinnen) kostümiert herumhüpfen und sich auszogen, um sämtlichen Besuchern zur Verfügung zu stehen. Als eine andere seiner Gespielinnen, eine junge Marokkanerin, im Mai 2010 in Mailand wegen Diebstahl verhaftet wurde, rief Berlusconi an, um ihre

Freilassung durchzusetzen: Sie sei eine Nichte von Präsident Mubarak. Da sie zum fraglichen Zeitpunkt unter achtzehn war, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Die Affäre war nicht so fatal wie das Debakel, das bald darauf Dominique Strauss-Kahn erleben sollte, Präsident des IWF und eigentlich bereits Spitzenkandidat der Sozialisten für die französischen Präsidentschaftswahlen; trotzdem wurde Berlusconi durch die Beschädigung seines Images geschwächt. Vorerst hatte er diese Krise überstanden.

Eine ernstere Bedrohung seiner Position kam aus einer anderen Richtung. Aus übermäßigem Selbstvertrauen, geboren aus seinen Wahlerfolgen, hatte Berlusconi den Sinn für das politische Maß verloren und demütigte ohne besonderen Grund Gianfranco Fini, der sich als seinen Nachfolger gesehen hatte und nun Parlamentspräsident war. Mit der Zeit war Fini klar geworden, dass er Berlusconi als Führer des Mitte-rechts-Bündnisses niemals beerben würde, und die Schmeicheleien der Opposition, er wäre doch eigentlich der ideale Anführer einer verantwortungsbewussten Mitte-links-Regierung, taten ihr Übriges. So kam es Ende Juli 2010 schließlich zum Bruch. Fini nahm genügend Abgeordnete mit, um die Regierung ihrer stabilen Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung zu berauben, scheiterte jedoch im Herbst knapp bei dem Versuch, sie zu stürzen. Im Frühling 2011 hatten auch die Wähler angefangen, sich von der Regierung abzuwenden; Berlusconi verlor sogar die Kontrolle über Mailand, eine traditionelle Bastion seiner Bewegung.

Im Sommer 2011 verschärfte sich die Krise der Eurozone: Während Griechenland sich der Zahlungsunfähigkeit näherte, nahm der Druck der Finanzmärkte auf Italien rapide zu. Deutschland, flankiert von Frankreich und der Europäischen Zentralbank, machte kaum ein Geheimnis daraus, dass es entschlossen war, jeden Widerstand gegen die drakonischen Sparmaßnahmen zu brechen und die politischen Führer zu eliminieren, die zögerten, solche Maßnahmen einzuleiten. Im August ließen Jean-Claude Trichet und Mario Draghi – der scheidende und der künftige Präsident der EZB – Berlusconi buchstäblich ein Ultimatum zugehen. Zwei Monate später wurde Giorgos Papandreu bei einem EU-Gipfel gezwungen, weitere drastische Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben